

Per Mail an:

Zug, 4. Mai 2026

Herrn Kantonsrat
Stephan Moos, Kantonsratspräsident
c/o Staatskanzlei Kanton Zug
Seestrasse 2, 6301 Zug

Interpellation von Philip C. Brunner betreffend den drohenden Leistungsabbau und die Auslagerung von schwerstpflegebedürftigen Menschen (an Fallbeispiel Stiftung Maihof)

Der Kanton Zug rühmt sich seiner hervorragenden finanziellen Lage und seiner hohen Lebensqualität. Doch hinter der glänzenden Fassade scheinen sich bei der Betreuung der schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft – Menschen mit allerschwerster Hilflosigkeit – bedenkliche Abgründe aufzutun. Die Beurteilung einer Gesellschaft oder staatlicher Massnahmen an den «Schwächsten» lässt sich in der schweizerischen Bundesverfassung (BV) primär aus der Menschenwürde (Art. 7 BV), dem Gleichheitsgebot (Art. 8 BV) und dem Sozialziel der sozialen Sicherheit (Art. 41 BV) ableiten. Zentral ist gerade auch die Menschenwürde, denn sie absolut und unantastbar. Sie verpflichtet den Staat, jedem Menschen – auch den Schwächsten – ein Leben unter Bedingungen zu garantieren, die diesem Grundrecht entsprechen.

Aktuelle Informationen aus dem Umfeld der Stiftung «Maihof» in Unterägeri (Haus Euwmatt) über die ich verfüge, deuten darauf hin, dass das kantonale Sozialamt (Direktion des Innern) massiven Kostendruck auf Institutionen ausübt. Es ist von verordneten Kostenreduktionen im Bereich von 20 bis 30 % die Rede. Die Folgen für die Betroffenen und ihre Angehörigen sind dramatisch: Es liegen mir Berichte vor, wonach langjährigen Bewohnern – Zuger Bürger, die seit Jahrzehnten im Kanton verwurzelt sind – die Kündigung ihrer Wohnvereinbarung angedroht wird, weil der Kanton Zug angeblich nicht mehr bereit ist, die notwendigen Stellenprozente für eine bedarfsgerechte 24/7-Betreuung zu finanzieren. Stattdessen wird den verzweifelten Angehörigen (über 80-jährige Eltern) nahegelegt, ausserkantonale Plätze zu suchen. Leider eine traurige Tatsache. Dies, obwohl Institutionen in Nachbarkantonen (z. B. «SSBL» - Stiftung für selbstbestimmtes und begleitetes Leben Luzern oder «EPI-Klinik» Zürich) gar keine Kapazitäten für ausserkantonale Patienten haben oder eine Aufnahme verweigern.

Ein solcher «Abschub» von Zuger Bürgern, die ihr gewohntes Umfeld und ihre Mitbewohner teilweise seit über 45 Jahren kennen, ist unverhältnismässig, menschlich und ethisch unhaltbar und widerspricht dem sozialen Gewissen unseres Kantons und hat auch mich persönlich stark beschäftigt.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Trifft es zu, dass die Direktion des Innern bzw. das Sozialamt gegenüber der «Stiftung Maihof» oder anderen vergleichbaren Institutionen **Kostenreduktionen** von zwischen 20 % bis 30 % verordnet bzw. in Aussicht gestellt hat? Falls ja, wie wird dieser massive Einschnitt begründet? Falls nein, wie ist zu erklären, dass eine solche Aussage gegenüber Angehörigen gemacht wird? Ist sich der Direktor des Innern darüber im Klaren, was er damit bei den Betroffenen ausgelöst wird?
2. Wie beurteilt der gesamte Regierungsrat die Praxis, dass Zuger Bürgern mit schwerster Hilflosigkeit aufgrund von kantonalen Sparvorgaben die Kündigung ihres langjährigen Heimplatzes angedroht wird? Hat der Kantonsrat irgendwann in jüngster Vergangenheit solche Sparmassnahmen bewilligt oder gefordert?

Interpellation betreffend den drohenden Leistungsabbau und die Auslagerung von schwerstpflegebedürftigen Menschen (Fallbeispiel Stiftung Maihof)

4.

Wie viele Fälle sind dem Regierungsrat bekannt, in denen Zuger Einwohner aufgrund mangelnder Finanzierung von Betreuungsleistungen in ausserkantonale Institutionen „ausgelagert“ werden mussten oder noch sollen? Dies während gleichzeitig in Steinhausen eine neue Asylunterkunft für über CHF 15 Mio. fertig gestellt wird und schon bald betrieben werden soll und sich die Kosten für das Asylwesen im Kanton Zug sich nur in Richtung nach oben bewegen.

5.

6. Ist sich der Regierungsrat der gesundheitlichen und psychischen Folgen bewusst, die ein Standortwechsel nach 30 oder 50 Jahren für einen urteilsunfähigen, schwerstbehinderten Menschen (z. B. bei schwerer Epilepsie) darstellt?

7. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die personelle Ausstattung (z. B. mit Nachtwachen) in Institutionen wie der «Stiftung Maihof» so bemessen ist, dass Sicherheit und Würde der Bewohner (z. B. Begleitung bei Notfalleinlieferungen ins Spital) jederzeit gewährleistet sind?

8. Wie rechtfertigt der Regierungsrat die Intransparenz gegenüber Angehörigen und Beiständen bezüglich der Leistungsvereinbarungen und Budgets, die über die Lebensqualität der Betreuten entscheiden?

Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat, um sicherzustellen, dass Menschen mit schwersten Beeinträchtigungen auch künftig in ihrem Heimatkanton Zug würdig betreut werden können und nicht aufgrund angeblicher ökonomischer Parameter in andere Kantone oder gar ins Ausland oder verdrängt werden?

Wie beurteilt der Regierungsrat die Tatsache, dass Angehörige durch solche Drohkulissen massiv und unter Druck gesetzt werden, während gleichzeitig Rekordüberschüsse in der Zuger Staatsrechnung ausgewiesen werden?

Antrag: Ich bedanke mich vorab für eine rasche und **verkürzte Beantwortungsfrist** meiner Fragen und beantrage dem Kantonsrat dies so zu gestatten.

Mit freundlichen Grüssen

Philip C. Brunner
Kantonsrat, Zug

P.S. Selbstverständlich kann dieser «Musterfall» weiter dokumentiert werden darunter hier mit dem Ausschnitt aus einem Brief des Direktors des Innern, der genau das Gegenteil von dem ausdrückt, was die Direktion des Innern tatsächlich zu machen scheint?

Ausschnitt:

Gemeinsamer Blick nach vorne

Die Zusammenarbeit zwischen Eltern, Einrichtung und kantonalen Stellen ist zentral, um eine Betreuungslösung zu gewährleisten, die sowohl fachlich angemessen als auch menschlich stützend ist. Wir sind bestrebt, [REDACTED] und allen Menschen mit Behinderung auch künftig ein sicheres und förderliches Umfeld zu gewährleisten, und danken Ihnen dafür, dass Sie sich mit Nachdruck und grosser Umsicht für sein Wohl einsetzen.

Wir danken Ihnen nochmals für Ihr Schreiben sowie für das Vertrauen, das Sie uns entgegenbringen.